



Eine Klage wurde von vier Richter-, Anwalts- und Menschenrechtsorganisationen eingereicht, um die Ordnungskräfte dazu zu zwingen, bei Einsätzen ihre Dienstnummer deutlich sichtbar zu tragen.

Vier Organisationen von Richtern, Anwälten und Menschenrechtsorganisationen kündigten am Mittwoch an, dass sie eine Dringlichkeitsklage beim Staatsrat eingereicht haben, um eine schon bestehende Verpflichtung der Ordnungskräfte, bei Einsätzen ihre Erkennungsnummer zu tragen, endlich wirksam werden zu lassen.

Diese Organisationen (die Menschenrechtsliga, der Französische Anwaltsverband, der Richterverband und die Aktion der Christen gegen Folter) hatten bereits im September eine klassische Beschwerde eingereicht, die seither immer noch geprüft wird. Sie sind jedoch der Ansicht, dass „die Frage angesichts der Handhabung der Aufrechterhaltung der Ordnung“ im Rahmen der Mobilisierung gegen die Rentenreform dringlich geworden ist, sagen sie in ihrer Klageschrift, wie die Nachrichtenagentur AFP berichtet.

„Systematische Anwendung von Gewalt“

Seit 2014 müssen Polizisten und Gendarmen an ihrer Uniform ihre Dienstnummer tragen, eine individuelle Identifikationsnummer, die als RIO (référentiel des identités et de l'organisation) bezeichnet wird und es ermöglicht, einen Beamten im Falle einer Klage eindeutig identifizieren zu können. In der Praxis wird diese Verpflichtung bei weitem nicht überall eingehalten, wie zum Beispiel bei den Einsätzen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung während der großen Demonstrationen gegen die Rentenreform.

In ihrem Antrag argumentieren die Organisationen, dass die „ungerechtfertigte“ oder „unverhältnismäßige“ Anwendung von Gewalt „bei sehr vielen Gelegenheiten“ sowohl bei angemeldeten als auch nicht angemeldeten Demonstrationen und Versammlungen gegen die Rentenreform festgestellt und dokumentiert worden sei. **In den vergangenen Wochen sei festgestellt worden, dass „die Beamten der Ordnungskräfte generell ihre RIO nicht tragen“**, so die Kläger.

„Es gibt Angriffe auf die Demonstrationenfreiheit und eine systematische Gewaltanwendung, oft ohne mögliche Kontrolle des Beamten, da es keine Möglichkeit gibt, ihn zu identifizieren“, meint Thibaut Spriet, Nationalsekretär der als links eingestuften Gewerkschaft Syndicat de la magistrature (Gewerkschaft der Richter und Staatsanwälte). Viele Polizisten empfinden es als „stigmatisierend“, dass sie ihre RIO tragen müssen.

Die siebenstellige Nummer war ein Wahlkampfversprechen von François Hollande aus dem



Polizeigewalt bei Demonstrationen: Klage will Beamte zum Tragen einer Dienstnummer zwingen

Jahr 2012.